



Nicht löschen bitte " " !!  
Schweizerische Bundeskanzlei / Kompetenzzentrum Amtliche Veröffentlichungen  
(KAV)

# Verordnung über das Eurodac-System

vom ...

Der Schweizerische Bundesrat,  
gestützt auf Artikel 102c<sup>bis</sup> des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998<sup>1</sup> (AsylG) und Artikel  
109<sup>ter</sup> des Ausländer- und Integrationsgesetzes vom 16. Dezember 2005<sup>2</sup> (AIG),  
verordnet:

## 1. Abschnitt: Gegenstand und Begriffsbestimmungen

### Art. 1           Gegenstand

Diese Verordnung regelt:

- a. den Katalog der im Eurodac-System erfassten und an die zugangsberechtigten Stellen des Ausländer- und Asylbereichs übermittelten Daten;
- b. den Umfang der Zugangsberechtigungen der Behörden, die Visa für einen kurzfristigen Aufenthalt erteilen, sowie der nationalen ETIAS-Stelle zu Eurodac gemäss der Verordnung (EU) 2024/1358<sup>3</sup>;
- c. den Erhalt der Eurodac-Daten über die Einsatz- und Alarmzentrale von fedpol (zentrale Zugangsstelle) für Zwecke der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung;

SR .....

<sup>1</sup> SR 142.31

<sup>2</sup> SR 142.20

<sup>3</sup> Verordnung (EU) 2024/1358 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 über die Einrichtung von Eurodac für den Abgleich biometrischer Daten zur effektiven Anwendung der Verordnungen (EU) 2024/1351 und (EU) 2024/1350 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 2001/55/EG sowie zur Feststellung der Identität illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger oder Staatenloser und über der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung dienende Anträge der Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und Europol's auf den Abgleich mit Eurodac-Daten, zur Änderung der Verordnungen (EU) 2018/1240 und (EU) 2019/818 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 603/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates, ABl. L, 2024/1358, 22.5.2024.

- d. die Rechte der betroffenen Personen, den Datenschutz, die Datensicherheit und die Aufsicht über die Datenbearbeitung;
- e. die Aufbewahrung der Daten gemäss dem Asylgesetz vom 26. Juni 1998 (AsylG)<sup>4</sup>;
- f. den Prozess zur Überprüfung von biometrischen Übereinstimmungen durch Fingerabdruck- und Gesichtsbildexpertinnen und -experten.

## **Art. 2**            Begriffsbestimmungen

<sup>1</sup> In dieser Verordnung bedeuten:

- a. *Dublin-Staat*: Staat, der durch eines der Dublin-Assoziierungsabkommen gebunden ist;
- b. *Schengen-Aussengrenzen*: Grenzen, die nach Artikel 29 Absatz 1 der Verordnung vom 15. August 2018<sup>5</sup> über die Einreise und die Visumerteilung (VEV) festgelegt wurden;
- c. *Drittstaatsangehörige oder Drittstaatsangehöriger*: Angehörige oder Angehöriger eines Staates, der weder Mitgliedstaat der Europäischen Union (EU) noch der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) ist;
- d. *Gefahr für die innere Sicherheit*: Der Umstand, dass eine Person unrechtmässig bewaffnet oder gewalttätig ist oder dass eindeutige Hinweise darauf vorliegen, dass die Person an einer Straftat im Sinne von Artikel 2 Buchstaben m und n der N-SIS-Verordnung vom 8. März 2013<sup>6</sup> beteiligt ist;
- e. *gewalttätig*: Der Umstand, dass eine Person gegen Dritte oder Behörden physische Gewalt anwendet und damit Straftaten gemäss dem Strafgesetzbuch (StGB)<sup>7</sup> verüben könnte, welche die vorsätzliche Anwendung physischer Gewalt oder die Androhung von Gewalt gegen Personen beinhalten;
- f. *Person mit unrechtmässigem Aufenthalt*: Drittstaatsangehörige Person, die
  1. die Voraussetzungen für die Einreise oder den Aufenthalt in der Schweiz nicht erfüllt;
  2. nicht über die erforderlichen Dokumente für eine rasche Rückkehr in ihr Herkunftsland verfügt; und
  3. kein Asylgesuch stellt.

<sup>2</sup> Die Schengen- und die Dublin-Assoziierungsabkommen sind in Anhang 1 aufgeführt.

## **Art. 3**            Katalog der Daten in Eurodac

Der Katalog der Daten in Eurodac ist in Anhang 2 festgelegt.

<sup>4</sup> SR 142.31

<sup>5</sup> SR 142.204

<sup>6</sup> SR 362.0

<sup>7</sup> SR 311.0

## 2. Abschnitt: Interoperabilität

### Art. 4

<sup>1</sup> Die Identitätsdaten, die Daten zu den Reisedokumenten und die biometrischen Daten werden von Eurodac automatisiert im gemeinsamen Speicher für Identitätsdaten (CIR) gespeichert.

<sup>2</sup> Bei der Übermittlung eines Datensatzes an Eurodac nach den Artikeln 17 Absatz 3, 21 Absatz 2, 22 Absatz 10, 23 Absatz 8 und 24 Absatz 11 der Verordnung (EU) 2024/1358<sup>8</sup> wird eine automatische Prüfung auf Mehrfachidentitäten im CIR und im SIS ausgelöst. Dies erfolgt anhand der Identitätsdaten, der Daten zu Reisedokumenten und der biometrischen Daten.

## 3. Abschnitt:

### Übermittlung von Eurodac-Daten an die Behörden und Zugang der berechtigten Stellen

#### Art. 5 Übermittlung von Daten bei Erfassung gestützt auf das AIG

Die Dienststellen der kantonalen Migrationsbehörden, des Grenzwachtkorps sowie der Kantons- und Gemeindepolizeien, die biometrische und alphanumerische Daten von Drittstaatsangehörigen, die kein Asylgesuch stellen, erfasst und den automatischen Abgleich in Eurodac veranlasst haben, erhalten von der nationalen Zugangsstelle bei einem bestätigten Treffer die vorhandenen Daten gemäss Anhang 2.

#### Art. 6 Übermittlung von Daten bei Erfassung gestützt auf das AsylG

Die Dienste des SEM, des Grenzwachtkorps und der Kantonspolizeien an Flughäfen, der Schweizer Vertretungen sowie der Kantone, die biometrische Daten von Personen aus dem Asylbereich erfasst und den automatischen Abgleich in Eurodac veranlasst haben, erhalten von der nationalen Zugangsstelle bei einem bestätigten Treffer die vorhandenen Daten gemäss Anhang 2.

#### Art. 7 Zugriff der nationalen ETIAS-Stelle auf Eurodac-Daten

<sup>1</sup> Die nationale ETIAS-Stelle im SEM kann anhand folgender alphanumerischer Daten mittels des Europäischen Suchportals (ESP) Eurodac-Daten online abfragen, um über die Erteilung einer Reisegenehmigung zu entscheiden:

- a. Name (Nachname), Vorname(n), Geburtsname, Datum, Ort und Land der Geburt, Geschlecht, derzeitige Staatsangehörigkeit, Vorname(n) der Eltern;

<sup>8</sup> Siehe Fussnote zu Art. 1 Bst. b.

- b. sonstige Namen;
- c. weitere Staatsangehörigkeiten;
- d. Art und Nummer des Reisedokuments und Ausstellungsland.

<sup>2</sup> Die nationale ETIAS-Stelle kann bei einem Treffer alle in Eurodac gespeicherten Daten zur betreffenden Person in den folgenden Kategorien online abfragen: Antrag auf internationalen Schutz, Antrag und Aufnahme in eine Flüchtlingsgruppe, irreguläres Überschreiten der Schengen-Aussengrenzen, unrechtmässiger Aufenthalt, Seerettung und [vorübergehende Schutzgewährung].

<sup>3</sup> Der Katalog der abrufbaren Daten ist in Anhang 2 aufgeführt.

#### **Art. 8**                    Zugriff der Visumbehörden auf Eurodac-Daten

<sup>1</sup> Zum Zweck der manuellen Überprüfung von Treffern bei automatisierten Abfragen des zentralen Visa-Informationssystems (C-VIS) gemäss den Artikeln 9a und 9c der Verordnung (EG) Nr. 767/2008<sup>9</sup> sowie zur Prüfung von Visumanträgen gemäss Artikel 21 der Verordnung (EG) Nr. 810/2009<sup>10</sup> und für diesbezügliche Entscheidungen haben die Behörden, die Visa für einen kurzfristigen Aufenthalt ausstellen, Zugang zu Eurodac, um Daten zu Antragstellerinnen und Antragstellern abzurufen.

<sup>2</sup> Bei einem Treffer dürfen folgende Stellen mittels ESP online auf die in Anhang 2 aufgeführten Eurodac-Daten zugreifen:

- a.            beim SEM die Abteilung Einreise, die Abteilung Zulassung Aufenthalt und die nationale VIS-Stelle: zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Visumbereich;
- b.            die Grenzposten der kantonalen Polizeibehörden und das Grenzwachtkorps: zur Erteilung von Ausnahmevisa;
- c.            die schweizerischen Vertretungen im Ausland und die Mission der Schweiz bei der UNO in Genf: zur Prüfung von Visumgesuchen;
- d.            das Staatssekretariat, die Konsularische Direktion und die Politische Direktion des EDA: zur Prüfung der Visumgesuche im Zuständigkeitsbereich des EDA;
- e.            die kantonalen Migrationsbehörden und die Gemeinden, auf welche die entsprechenden Kompetenzen durch die Kantone übertragen wurden: zur Erfüllung der Aufgaben im Visumbereich.

<sup>9</sup> Verordnung (EG) Nr. 767/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über das Visa-Informationssystem (VIS) und den Datenaustausch zwischen den Mitgliedstaaten über Visa für einen kurzfristigen Aufenthalt (VIS-Verordnung), ABl. L 218 vom 13. August 2008, S. 60; zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2021/1134, ABl. L 248 vom 13.7.2021, S. 11.

<sup>10</sup> Verordnung (EG) Nr. 810/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über einen Visakodex der Gemeinschaft (Visakodex), ABl. L 243 vom 15.9.2009, S. 1; zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2024/1415, ABl. L, 2024/1415, 22.5.2024.

#### 4. Abschnitt:

### Fingerabdruck- und Gesichtsbildexpertinnen und -experten und Bestätigung von Treffern

#### Art. 9 Fingerabdruck- und Gesichtsbildexpertinnen und -experten

(Art. 109<sup>quinquies</sup> Abs. 1 und 2 AIG und Art. 102a<sup>quinquies</sup> Abs. 1 und 2 AsylG)

<sup>1</sup> Für die Überprüfung der Ergebnisse des automatischen Abgleich von Eurodac-Daten nach Artikel 109/ Absatz 5 AIG und Artikel 102a<sup>ter</sup> Absatz 5 AsylG werden Fingerabdruck- und Gesichtsbildexpertinnen und -experten der für die biometrische Identifikation zuständigen Dienste des Bundesamtes für Polizei (fedpol) eingesetzt.

<sup>2</sup> Die Expertinnen und Experten übermitteln das Ergebnis der Überprüfung unverzüglich an das SEM sowie an das Grenzwachtkorps, die kantonalen und kommunalen Polizeibehörden und die kantonalen Migrationsbehörden, welche die Daten erfasst haben, die den automatischen Abgleich in Eurodac ausgelöst haben.

#### Art. 10 Verfahren bei Treffern aufgrund von Fingerabdrücken und Gesichtsbildern

(Art. 109/ Abs. 5 AIG und Art. 102a<sup>ter</sup> Abs. 5–7 AsylG)

<sup>1</sup> Hat der automatische Eurodac-Abgleich einen Treffer ergeben, macht das SEM in den gesetzlich vorgesehenen Fällen den für die biometrische Identifikation zuständigen Diensten die Ergebnisse zugänglich. Die Fingerabdruckexpertinnen und -experten oder die Gesichtsbildexpertinnen und -experten nehmen die Überprüfung so rasch wie möglich vor.

<sup>2</sup> Ergibt die Überprüfung, dass die Fingerabdrücke oder Gesichtsbilder nicht übereinstimmen, so:

- a. löscht das SEM unverzüglich das Resultat der Abfrage;
- b. informiert das SEM die Europäische Kommission und die Agentur eu-LISA so bald wie möglich darüber, spätestens jedoch innerhalb von drei Arbeitstagen.

<sup>3</sup> Ergibt die Überprüfung, dass die Fingerabdrücke oder die Gesichtsbilder übereinstimmen, so informiert das SEM die Agentur eu-LISA über den Treffer.

<sup>4</sup> Die für die biometrische Identifikation zuständigen Dienste überprüfen die Fingerabdrücke zudem, wenn:

- a. nach der Gewährung internationalen Schutzes oder der Erteilung eines Aufenthaltstitels durch einen Dublin-Staat und der entsprechenden Markierung der Daten in Eurodac das SEM informiert wird, dass es die Daten dieser Person bereits erfasst hat und die Fingerabdrücke von der Zentraleinheit zur Markierung erhält; oder

- b. bei der vorzeitigen Löschung der Daten einer Person in Eurodac das SEM informiert wird, dass es die Daten dieser Person bereits erfasst hat und die Fingerabdrücke von der Zentraleinheit zur Löschung erhält.

<sup>5</sup> Hat die automatische Eurodac-Abfrage sowohl in Bezug auf die Fingerabdrücke als auch auf das Gesichtsbild einen Treffer ergeben, kann das Ergebnis von einer Gesichtsbildexpertin oder einem Gesichtsbildexperten überprüft werden.

## 5. Abschnitt:

### Zugang der Behörden zu den Eurodac-Daten über die zentrale Zugangsstelle für Zwecke der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung

**Art. 11** Bundesbehörden, die einen Datenabgleich beantragen können

Folgende Stellen des Bundes nach Artikel 109<sup>quater</sup> Absatz 1 Buchstaben a–c AIG und Artikel 102a<sup>quater</sup> Absatz 1 Buchstaben a–c AsylG können zur Verhütung, Aufdeckung oder Ermittlung terroristischer oder sonstiger schwerer Straftaten im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben bei der Einsatz- und Alarmzentrale fedpol (EAZ fedpol) einen Abgleich der Eurodac-Daten beantragen:

a. bei fedpol:

1. der Direktionsbereich Bundeskriminalpolizei,
2. der Direktionsbereich Internationale Polizeikooperation;

b. beim Nachrichtendienst des Bundes:

1. die Abteilung Beschaffung,
2. die Abteilung Auswertung,
3. die Steuerung Terrorismusabwehr,
4. die Steuerung Nachrichtendienst,
5. die Steuerung Extremismusabwehr,
6. die Steuerung Nonproliferation,
7. der Bereich Ausländerdienst;

c. bei der Bundesanwaltschaft:

1. der Dienst Urteilsvollzug: für den Vollzug der Entscheide der Strafbehörden des Bundes, wenn nicht die Kantone zuständig sind, namentlich in Anwendung von Artikel 82 Absatz 1 der Verordnung vom 24. Oktober 2007<sup>11</sup> über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit,
2. die verfahrensführenden Abteilungen Staatsschutz und kriminelle Organisationen, Wirtschaftskriminalität, Rechtshilfe, Terrorismus, Völkerstrafrecht und Cyberkriminalität in Bern und in den Zweigstellen in Lausanne, Lugano und Zürich: für die Ermittlung und Anklageerhebung bei

<sup>11</sup> SR 142.201

Straftaten, die nach den Artikeln 23 und 24 der Strafprozessordnung oder besonderen Bundesgesetzen der Bundesgerichtsbarkeit unterstehen.

**Art. 12** Verfahren zur Beantragung des Datenabgleichs

<sup>1</sup> Die Behörden nach Artikel 11 reichen bei der EAZ fedpol elektronisch einen begründeten Antrag auf Abgleich von Eurodac-Daten ein.

<sup>2</sup> In dringenden Ausnahmefällen kann eine Behörde einen Antrag auch mündlich stellen. Die EAZ fedpol bearbeitet den Antrag unverzüglich und überprüft nachträglich, ob die Voraussetzungen nach Artikel 13 erfüllt waren und ob es sich tatsächlich um einen dringenden Ausnahmefall handelte. Die nachträgliche Überprüfung ist unverzüglich nach der Bearbeitung des Antrags durchzuführen.

<sup>3</sup> Fedpol legt in einem Bearbeitungsreglement die Modalitäten des Verfahrens fest.

**Art. 13** Bedingungen für den Antrag auf Datenabgleich

<sup>1</sup> Die EAZ fedpol überprüft, ob:

- a. der Datenabgleich zur Verhütung, Aufdeckung oder Ermittlung terroristischer oder sonstiger schwerer Straftaten erforderlich ist;
- b. der Datenabgleich im Einzelfall gerechtfertigt ist;
- c. berechnigte Gründe zur Annahme bestehen, dass der Datenabgleich zur Verhütung, Aufdeckung oder Ermittlung terroristischer oder sonstiger schwerer Straftaten erheblich beitragen wird.

<sup>2</sup> Der Antrag auf Datenabgleich setzt zusätzlich voraus, dass die zugangsberechnigten Stellen das automatisierte Fingerabdruck-Identifikationssystem (AFIS) nach der Verordnung vom 6. Dezember 2013<sup>12</sup> über die Bearbeitung biometrischer erkennungsdienstlicher Daten und die einschlägigen nationalen Datenbanken abgefragt haben.

<sup>3</sup> Keine vorherige Abfrage ist nötig in Fällen, in denen:

- a. eine Abfrage von vornherein als aussichtslos erscheint;
- b. eine unmittelbar drohende Lebensgefahr abgewendet werden muss, die in Zusammenhang mit einer terroristischen oder sonstigen schweren Straftat steht; oder
- c. wenn die zugangsberechnigten Behörden eine Abfrage im CIR gemäss Artikel 22 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2019/818 durchgeführt haben und der CIR angezeigt hat, dass die Daten zu der betreffenden Person in Eurodac gespeichert sind.

**Art. 14** Abfrage und Übermittlung der Daten

<sup>1</sup> Sind die Voraussetzungen nach Artikel 13 erfüllt, so stellt die EAZ fedpol über die nationale Zugangsstelle den Antrag auf Abgleich von Daten in Eurodac anhand der Fingerabdrücke, des Gesichtsbilds oder alphanumerischer Daten.

<sup>2</sup> Ergibt der Abgleich einen Treffer, so übermittelt die nationale Zugangsstelle die vorhandenen Daten gemäss Anhang 2 an die EAZ fedpol. Diese leitet die Daten auf gesichertem Weg an die antragstellenden Behörden weiter.

**6. Abschnitt:****Rechte der betroffenen Personen, Datenschutz, Datensicherheit und Aufsicht über die Datenbearbeitung****Art. 15** Recht der betroffenen Personen auf Auskunft über ihre Daten

<sup>1</sup> Das Auskunftsrecht richtet sich nach dem Datenschutzgesetz vom 25. September 2020<sup>13</sup>.

<sup>2</sup> Das SEM bearbeitet die Auskunftsgesuche.

**Art. 16** Recht der betroffenen Personen auf Berichtigung, Ergänzung oder Löschung ihrer Daten

<sup>1</sup> Das Verfahren zur Ausübung des Rechts auf Berichtigung, Ergänzung oder Löschung von Eurodac-Daten richtet sich nach Artikel 43 der Verordnung (EU) 2024/1358<sup>14</sup>.

<sup>2</sup> Das SEM bearbeitet die Gesuche um Berichtigung, Ergänzung oder Löschung der Daten.

**Art. 17** Aufsicht über die Bearbeitung von Daten in Eurodac

<sup>1</sup> Der Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte arbeitet bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben mit dem Europäischen Datenschutzbeauftragten zusammen. Für diesen ist er die nationale Ansprechstelle.

<sup>2</sup> Er ist die nationale Aufsichtsbehörde nach den Artikeln 43 Absatz 9, 44, 47 Absatz 1 und 50 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2024/1358<sup>15</sup>. Er ist für die Wahrnehmung der in diesen Artikeln festgelegten Aufgaben verantwortlich.

**7. Abschnitt:****Bekanntgabe von Eurodac-Daten und Aufbewahrung von Daten aus dem Asylbereich**

<sup>13</sup> SR 235.1

<sup>14</sup> Siehe Fussnote zu Art. 1 Bst. b.

<sup>15</sup> Siehe Fussnote zu Art. 1 Bst. b.



**Art. 18** Bekanntgabe von Eurodac-Daten an Drittstaaten oder internationale Organisationen

<sup>1</sup> Die in Eurodac bearbeiteten Daten dürfen nicht an Drittstaaten, internationale Organisationen, private Stellen oder natürliche Personen bekanntgegeben werden.

<sup>2</sup> Zum Nachweis der Identität von Drittstaatsangehörigen zwecks Rückführung dürfen personenbezogene Daten des Eurodac an einen Nicht-Dublin-Staat bekanntgegeben werden, sofern:

- a. die Bedingungen nach Artikel 50 Absätze 3 und 5 der Verordnung (EU) 2024/1358<sup>16</sup> erfüllt sind; und
- b. der Staat, der die Daten erfasst hat, der Datenbekanntgabe zustimmt.

<sup>3</sup> Folgende Daten dürfen bekanntgegeben werden, sofern sie im Hinblick auf die Prüfung eines Asylgesuchs, die Feststellung der Identität illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger oder Staatenloser oder die Anwendung der Kriterien der Verordnung (EU) 2024/1351<sup>17</sup> erhoben wurden:

- a. Vorname, Nachname, Geburtsname, frühere Namen und Aliasnamen;
- b. Geschlecht;
- c. Datum, Ort und Land der Geburt;
- d. Staatsangehörigkeit(en);
- e. folgende Angaben zum Reisedokument:
  1. Art und Nummer des Reisedokuments,
  2. Ablaufdatum,
  3. ausstellende Behörde,
  4. ausstellender Staat;
- f. biometrische Daten von Personen, die internationalen Schutz beantragt haben, Personen mit Schutzgewährung, Personen, die in ein Programm zur Aufnahme von Flüchtlingsgruppen aufgenommen wurden, Personen mit illegalem Aufenthalt oder Personen, die als nach einem Such- und Rettungseinsatz ausgeschiffte Person registriert sind.

<sup>4</sup> Gleichzeitig mit den biometrischen Daten nach Absatz 3 Buchstabe f dürfen bekanntgegeben werden:

- a. folgende Metadaten zu den biometrischen Daten:
  1. Datum der Erfassung,
  2. Datum der Übermittlung an Eurodac;
- b. folgende Daten zu den betroffenen Personen:

<sup>16</sup> Siehe Fussnote zu Art. 1 Bst. b.

<sup>17</sup> Verordnung (EU) 2024/1351 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 über Asyl- und Migrationsmanagement, zur Änderung der Verordnungen (EU) 2021/1147 und (EU) 2021/1060 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 604/2013, Fassung gemäss ABl. L, 2024/1351, 22.5.2024.

1. Herkunftsmitgliedstaat, Ort und Datum der Registrierung, vom Herkunftsmitgliedstaat verwendete Kennnummer,
  2. eingescannte Farbkopie eines Identitäts- oder Reisedokuments oder eines anderen Dokuments, das die Identifizierung erleichtert, zusammen mit einer Angabe zu dessen Echtheit,
  3. Ort und Datum der allfälligen Ausschiffung;
- c. Benutzerkennwort.

#### **Art. 19** Aufbewahrung von Daten des Asylbereichs

<sup>1</sup> Ab der Übermittlung der biometrischen Daten an Eurodac beträgt die Aufbewahrungsfrist der Eurodac-Daten von:

- a. Asylsuchenden: zehn Jahre;
- b. Personen, die in ein Programm zur Aufnahme von Flüchtlingsgruppen aufgenommen wurden: fünf Jahre;
- c. Personen, denen die Aufnahme im Rahmen eines Verfahrens zur Aufnahme von Flüchtlingsgruppen verweigert oder das Aufnahmeverfahren eingestellt wurde: drei Jahre;
- d. Personen, denen im Rahmen der Bestimmung einer Flüchtlingsgruppe Schutz gewährt wurde: fünf Jahre;
- e. Personen, die nach einem Such- und Rettungseinsatz ausgeschifft wurden: fünf Jahre.

<sup>2</sup> Die Daten von Personen, die als Person mit vorübergehender Schutzgewährung registriert sind, werden während der gesamten Dauer der Schutzgewährung gespeichert.

<sup>3</sup> Die biometrischen Daten, die zum Zweck der Durchführung eines Verfahrens zur Aufnahme von Flüchtlingsgruppen erfasst werden, werden nicht an Eurodac übermittelt.

## 8. Abschnitt: Schlussbestimmungen

### Art. 20 Änderung anderer Erlasse

Die nachstehenden Erlasse werden wie folgt geändert:

### 1. Verordnung vom 24. Oktober 2007<sup>18</sup> über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit

*Art. 87a*

*Aufgehoben*

*Art. 87b*

*Aufgehoben*

*Art. 87d*

*Aufgehoben*

*Art. 87e*

*Aufgehoben*

### 2. Asylverordnung 3 vom 11. August 1999<sup>19</sup> über die Bearbeitung von Personendaten

...

*Art. 1a Abs. 2*

<sup>2</sup> Es beteiligt sich im Rahmen seiner Aufgaben im Ausländer- und Asylbereich an der Verwaltung von Eurodac gemäss der Verordnung (EU) 2024/1358<sup>20</sup>.

<sup>18</sup> SR 142.201; Fassung der Phase 1 Verordnungsänderungen

<sup>19</sup> SR 142.314; Fassung der Phase 1 Verordnungsänderungen

<sup>20</sup> Verordnung (EU) 2024/1358 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 über die Einrichtung von Eurodac für den Abgleich biometrischer Daten zur effektiven Anwendung der Verordnungen (EU) 2024/1351 und (EU) 2024/1350 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Richtlinie 2001/55/EG sowie zur Feststellung der Identität illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger oder Staatenloser und über der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung dienende Anträge der Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und Europol auf den Abgleich mit Eurodac-Daten, zur Änderung der Verordnungen (EU) 2018/1240 und (EU) 2019/818 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 603/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates, Fassung gemäss ABl. L, 2024/1358, 22.5.2024.

*Art. 11*

*Aufgehoben*

*Art. 6d*

*Aufgehoben*

*Art. 11–11d*

*Aufgehoben*

**Art. 21**

Diese Verordnung tritt am ... 2026 in Kraft.

*Anhang 1*

(Art. 2 Abs. 2)

**Dublin-Assoziierungsabkommen**

Die Dublin-Assoziierungsabkommen umfassen:

- a. das Abkommen vom 26. Oktober 2004<sup>21</sup> zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat oder in der Schweiz gestellten Asylantrags;
- b. das Übereinkommen vom 17. Dezember 2004<sup>22</sup> zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands und über die Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in der Schweiz, in Island oder in Norwegen gestellten Asylantrags;
- c. das Protokoll vom 28. Februar 2008<sup>23</sup> zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Europäischen Gemeinschaft und dem Fürstentum Liechtenstein zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat oder in der Schweiz gestellten Asylantrags;
- d. das Protokoll vom 28. Februar 2008<sup>24</sup> zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Europäischen Gemeinschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat oder in der Schweiz gestellten Asylantrags;
- e. das Protokoll vom 27. Juni 2019<sup>25</sup> zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Europäischen Union und dem Fürstentum Liechtenstein zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat oder in der Schweiz gestellten Asylantrags betreffend den Zugang zu Eurodac für Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungszwecke.

<sup>21</sup> SR 0.142.392.68

<sup>22</sup> SR 0.362.32

<sup>23</sup> SR 0.142.393.141

<sup>24</sup> SR 0.142.395.141

<sup>25</sup> SR 0.142.392.682

## Schengen-Assoziierungsabkommen

Die Schengen-Assoziierungsabkommen umfassen:

- a. Abkommen vom 26. Oktober 2004<sup>26</sup> zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Europäischen Union und der Europäischen Gemeinschaft über die Assoziierung dieses Staates bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands;
- b. Abkommen vom 26. Oktober 2004<sup>27</sup> in Form eines Briefwechsels zwischen dem Rat der Europäischen Union und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Ausschüsse, die die Europäische Kommission bei der Ausübung ihrer Durchführungsbefugnisse unterstützen;
- c. Vereinbarung vom 22. September 2011<sup>28</sup> zwischen der Europäischen Union sowie der Republik Island, dem Fürstentum Liechtenstein, dem Königreich Norwegen und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Beteiligung dieser Staaten an der Arbeit der Ausschüsse, die die Europäische Kommission bei der Ausübung ihrer Durchführungsbefugnisse in Bezug auf die Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands unterstützen;
- d. Übereinkommen vom 17. Dezember 2004<sup>29</sup> zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands und über die Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in der Schweiz, in Island oder in Norwegen gestellten Asylantrags;
- e. Abkommen vom 28. April 2005<sup>30</sup> zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Königreich Dänemark über die Umsetzung, Anwendung und Entwicklung derjenigen Teile des Schengen-Besitzstands, die auf Bestimmungen des Titels IV des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft basieren;
- f. Protokoll vom 28. Februar 2008<sup>31</sup> zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über den Beitritt des Fürstentums Liechtenstein zu dem Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, der Europäischen Union und der Europäischen Gemeinschaft über die Assoziierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands.

<sup>26</sup> SR 0.362.31

<sup>27</sup> SR 0.362.1

<sup>28</sup> SR 0.362.11

<sup>29</sup> SR 0.362.32

<sup>30</sup> SR 0.362.33

<sup>31</sup> SR 0.362.311

*Anhang 2*

(Art. 3–8 und 15 Abs. 2)

Zugang zu den Eurodac-Daten

**Erläuterung der Bezeichnungen**\* *Teil des CIR**Umfang der Zugangsberechtigungen:*x *Lesezugriff**Zugangsberechtigte Stellen:*

<b>SEM</b>	Staatssekretariat für Migration
<b>SEM Dublin</b>	Dublin-Einheiten
<b>SEM Asyl</b>	Direktionsbereiche Asyl und Bundesasylzentren
<b>SEM ETIAS</b>	Nationale ETIAS-Stelle im Direktionsbereich Zuwanderung und Integration
<b>SEM Visa</b>	Ländersektionen, die Einsprachen im Visumbereich bearbeiten, und Sektion Grundlagen Visa
<b>GWK</b>	Grenzwachtkorps (Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit): Mitarbeitende, die mit Personenkontrollaufgaben beauftragt sind
<b>Kantonale Behörden</b>	Kantonale oder kommunale Behörden, die im Rahmen von ausländerrechtlichen Aufgaben im Hoheitsgebiet der Schweiz tätig sind

## An die Behörden übermittelbare Daten bei einem Treffer in Eurodac

### 1. Erfasste und verfügbare Daten des Asylbereichs

#### Antrag auf internationalen Schutz (KAT 1)

	Kantonale Behörden GWK	SEM Dublin SEM Asyl	SEM ETIAS	SEM Visa
Fingerabdruckdaten*		X SEM Dub- lin		
Gesichtsbild*	X	X	X	X
Nachname(n) und Vorname(n), Geburtsname(n) und zu einem früheren Zeitpunkt verwendete Namen und Aliasnamen, die separat eingegeben werden können*	X	X	X	X
Staatsangehörigkeit(en)*	X	X	X	X
Geburtsdatum*	X	X	X	X
Geburtsort*	X	X	X	X
Herkunftsmitgliedstaat sowie Ort und Datum, an dem der Antrag auf internationalen Schutz gestellt wurde; bei Annahme des Übernahmege- suchs das vom überstellenden Dublin-Staat ein- gegebene Datum	X	X		
Geschlecht*	X	X	X	X
Art und Nummer des Identitäts- oder Reisedo- kuments, soweit bekannt; aus drei Buchstaben bestehender Code des ausstellenden Staates und Ablaufdatum des Dokuments*	X	X	X	X
sofern verfügbar, eine eingescannte Farbkopie eines Identitäts- oder Reisedokuments zusam- men mit einer Angabe zu dessen Echtheit oder, falls nicht verfügbar, eines anderen Dokuments,	X	X	X	X



	Kantonale Behörden GWK	SEM Dublin SEM Asyl	SEM ETIAS	SEM Visa
das die Identifizierung des Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen erleichtert, zusammen mit einer Angabe zu dessen Echtheit				
vom Herkunftsmitgliedstaat verwendete Kennnummer				
Datum der Erfassung der biometrischen Daten	x	x SEM Dublin	x	x
Datum der Übermittlung der Daten an Eurodac		x SEM Dublin		
Benutzerkennwort				
zuständiger Mitgliedstaat in den Fällen nach Artikel 16 Absatz 1, 2 oder 3 der Verordnung (EU) 2024/1358 <sup>32</sup>	x	x SEM Dublin	x	x
Übernahmemitgliedstaat gemäss Artikel 25 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2024/1358	x	x SEM Dublin	x	x
in den in Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2024/1358 genannten Fällen: das Datum der Ankunft der betreffenden Person nach einer erfolgreichen Überstellung	x	x SEM Dublin		
in den in Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe b der Verordnung (EU) 2024/1358 genannten Fällen: das Datum der Ankunft der betreffenden Person nach einer erfolgreichen Überstellung	x	x SEM Dublin		

<sup>32</sup> Siehe Fussnote zu Art. 1 Bst. b.

	Kantonale Behörden GWK	SEM Dublin SEM Asyl	SEM ETIAS	SEM Visa
in den in Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe c der Verordnung (EU) 2024/1358 genannten Fällen: das Datum, an dem die betreffende Person das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten verlassen hat	x	x  SEM Dub- lin	x	x
in den in Artikel 16 Absatz 2 Buchstabe d der Verordnung (EU) 2024/1358 genannten Fällen: das Datum, an dem die betreffende Person aus dem Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten abge- schoben wurde oder dieses verlassen hat	x	x  SEM Dub- lin	x	x
in den in Artikel 25 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2024/1358 genannten Fällen: das Datum der Ankunft der betreffenden Person nach einer erfolgreichen Überstellung	x	x  SEM Dub- lin		
die Tatsache, dass der antragstellenden Person ein Visum erteilt wurde, der Mitgliedstaat, der das Visum erteilt oder verlängert hat oder in dessen Namen das Visum erteilt wurde, sowie die Nummer des betreffenden Visumantrags	x		x	x
die Tatsache, dass die Person als Ergebnis der in der Verordnung (EU) 2024/1356 <sup>33</sup> des Europäischen Parlaments und des Rates genannten Sicherheitskontrolle oder einer Prüfung nach Artikel 16 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2024/1351 <sup>34</sup> eine Gefahr für die innere Sicherheit darstellen könnte, wenn einer der folgenden Umstände vorliegt:	x	x	x	x

<sup>33</sup> Verordnung (EU) 2024/1356 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 zur Einführung der Überprüfung von Drittstaatsangehörigen an den Aussengrenzen und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 767/2008, (EU) 2017/2226, (EU) 2018/1240 und (EU) 2019/817, Fassung gemäss ABl. L, 2024/1356, 22.5.2024.

<sup>34</sup> Verordnung (EU) 2024/1351 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 über Asyl- und Migrationsmanagement, zur Änderung der Verordnungen (EU) 2021/1147 und (EU) 2021/1060 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 604/2013, Fassung gemäss ABl. L, 2024/1351, 22.5.2024.

	Kantonale Behörden GWK	SEM Dublin SEM Asyl	SEM ETIAS	SEM Visa
die betreffende Person ist bewaffnet; die betreffende Person ist gewalttätig; es liegen Hinweise darauf vor, dass die betreffende Person an einer Straftat im Sinne der Richtlinie (EU) 2017/541 <sup>35</sup> beteiligt ist; es liegen Hinweise darauf vor, dass die betreffende Person an einer Straftat im Sinne von Artikel 2 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses 2002/584/JI <sup>36</sup> beteiligt ist				
wenn die antragstellende Person kein Recht auf Verbleib im betreffenden Mitgliedstaat hat und ihr der Verbleib nicht gestattet wurde: die Tatsache, dass der Antrag auf internationalen Schutz abgelehnt wurde	X	X	X	X
die Tatsache, dass infolge einer Prüfung eines Antrags im Verfahren an der Grenze eine Entscheidung, mit der ein Antrag auf internationalen Schutz als unzulässig, unbegründet oder offensichtlich unbegründet abgelehnt wird, oder eine Entscheidung, mit der ein Antrag als stillschweigend oder ausdrücklich zurückgenommen erklärt wird, rechtskräftig geworden ist	X	X	X	X
die Tatsache, dass Unterstützung für die freiwillige Rückkehr und Wiedereingliederung gewährt wurde	X	X Asyl	X	X

<sup>35</sup> Richtlinie (EU) 2017/541 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 zur Terrorismusbekämpfung und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI des Rates und zur Änderung des Beschlusses 2005/671/JI des Rates, ABl. L 88 vom 31.3.2017, S. 6.

<sup>36</sup> Rahmenbeschluss des Rates vom 13. Juni 2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten - Stellungnahmen bestimmter Mitgliedstaaten zur Annahme des Rahmenbeschlusses, ABl. L 190 vom 18.7.2002, S. 1; zuletzt geändert durch Rahmenbeschluss 2009/299/JI, ABl. L 81 vom 27.3.2009, S. 24.

### Gesuch um Teilnahme an einem Programm zur Aufnahme von Flüchtlingsgruppen (KAT 7)

	<b>Kan- tonale Be- hörden und GWK</b>	<b>SEM Dub- lin SEM Asyl</b>	<b>SEM ETIAS</b>	<b>SEM Visa</b>
Fingerabdruckdaten*				
Gesichtsbild*	X	X	X	X
Nachname(n) und Vorname(n), Geburtsname(n) und zu einem früheren Zeitpunkt verwendete Namen und Aliasnamen, die separat eingegeben werden können*	X	X	X	X
Staatsangehörigkeit(en)*	X	X	X	X
Geburtsdatum*	X	X	X	X
Geburtsort*	X	X	X	X
Herkunftsmitgliedstaat, Ort und Datum der Registrierung	X	X	X	X
Geschlecht*	X	X	X	X
Art und Nummer des Identitäts- oder Reisedokuments, soweit bekannt; aus drei Buchstaben bestehender Code des ausstellenden Staates und Ablaufdatum des Dokuments*	X	X	X	X
sofern verfügbar, eine eingescannte Farbkopie eines Identitäts- oder Reisedokuments zusammen mit einer Angabe zu dessen Echtheit oder, falls nicht verfügbar, eines anderen Dokuments, das die Identifizierung des Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen erleichtert, zusammen mit einer Angabe zu dessen Echtheit	X	X	X	X
vom Herkunftsmitgliedstaat verwendete Kennnummer				
Datum der Erfassung der biometrischen Daten	X		X	X

	<b>Kan- tonale Be- hörden und GWK</b>	<b>SEM Dub- lin SEM Asyl</b>	<b>SEM ETIAS</b>	<b>SEM Visa</b>
Datum der Übermittlung der Daten an Eurodac				
Benutzerkennwort				
gegebenenfalls das Datum der Entscheidung, internationalen Schutz zu gewähren oder einen humanitären Status nach nationalem Recht zuzuerkennen	X	X	X	X
gegebenenfalls das Datum der Ablehnung der Aufnahme und die Gründe für die Ablehnung der Aufnahme	X	X	X	X
gegebenenfalls das Datum der Einstellung des Aufnahmeverfahrens	X		X	X

### Aufnahme von Personen in eine Flüchtlingsgruppe (KAT 8)

	<b>Kan- tonale Behörden und GWK</b>	<b>SEM Dublin SEM Asyl</b>	<b>SEM ETIAS</b>	<b>SEM Visa</b>
Fingerabdruckdaten*				
Gesichtsbild*	X	X SEM Dublin	X	X
Nachname(n) und Vorname(n), Geburtsname(n) und zu einem früheren Zeitpunkt verwendete Namen und Aliasnamen, die separat eingegeben werden können*	X	X	X	X
Staatsangehörigkeit(en)*	X	X	X	X
Geburtsdatum*	X	X	X	X

	Kan- tonale Behörden und GWK	SEM Dublin SEM Asyl	SEM ETIAS	SEM Visa
Geburtsort*	x	x	x	x
Herkunftsmitgliedstaat, Ort und Datum der Registrierung	x	x	x	x
Geschlecht*	x	x	x	x
Art und Nummer des Identitäts- oder Reisedokuments, soweit bekannt; aus drei Buchstaben bestehender Code des ausstellenden Staates und Ablaufdatum des Dokuments*	x	x	x	x
sofern verfügbar, eine eingescannte Farbkopie eines Identitäts- oder Reisedokuments zusammen mit einer Angabe zu dessen Echtheit oder, falls nicht verfügbar, eines anderen Dokuments, das die Identifizierung des Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen erleichtert, zusammen mit einer Angabe zu dessen Echtheit	x	x	x	x
vom Herkunftsmitgliedstaat verwendete Kennnummer				
Datum der Erfassung der biometrischen Daten	x	x Dublin	x	x
Datum der Übermittlung der Daten an Eurodac		x Dublin		
Benutzerkennwort				
Datum der Gewährung des internationalen Schutzes oder der Zuerkennung eines humanitären Status nach nationalem Recht	x	x Asyl	x	x

## 2. Erfasste und verfügbare Daten des Ausländerbereichs

### Illegales Überschreiten der Schengen-Aussengrenze (KAT 2)

	Kantonale Behörden und GWK	SEM Dub- lin SEM Asyl	SEM ETIAS	SEM Visa
Fingerabdruckdaten*				
Gesichtsbild*	X		X	X
Nachname(n) und Vorname(n), Geburtsname(n) und zu einem früheren Zeitpunkt verwendete Namen und Aliasnamen, die separat eingegeben werden können*	X		X	X
Staatsangehörigkeit(en)*	X		X	X
Geburtsdatum*	X		X	X
Geburtsort*	X		X	X
Herkunftsmitgliedstaat sowie Ort und Datum, an dem die Person aufgegriffen wurde	X		X	X
Geschlecht*	X		X	X
Art und Nummer des Identitäts- oder Reisedokuments, soweit bekannt; aus drei Buchstaben bestehender Code des ausstellenden Staates und Ablaufdatum des Dokuments*	X		X	X
sofern verfügbar, eine eingescannte Farbkopie eines Identitäts- oder Reisedokuments zusammen mit einer Angabe zu dessen Echtheit oder, falls nicht verfügbar, eines anderen Dokuments, das die Identifizierung des Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen erleichtert, zusammen mit einer Angabe zu dessen Echtheit	X		X	X
vom Herkunftsmitgliedstaat verwendete Kennnummer				
Datum der Erfassung der biometrischen Daten	X		X	X
Datum der Übermittlung der Daten an Eurodac				

	Kantonale Behörden und GWK	SEM Dub- lin SEM Asyl	SEM ETIAS	SEM Visa
Benutzerkennwort				
das Datum, an dem die betreffende Person das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten verlassen hat oder abgeschoben wurde	X		X	X
der Übernahmemitgliedstaat gemäss Artikel 25 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2024/1358 <sup>37</sup>	X	X	X	X
die Tatsache, dass Unterstützung für die freiwillige Rückkehr und Wiedereingliederung gewährt wurde	X		X	X
die Tatsache, dass die Person als Ergebnis der in der Verordnung (EU) 2024/1356 <sup>38</sup> genannten Überprüfung eine Gefahr für die innere Sicherheit darstellen könnte, wenn einer der folgenden Umstände zutrifft: die betreffende Person ist bewaffnet; die betreffende Person ist gewalttätig; es liegen Hinweise darauf vor, dass die betreffende Person an einer Straftat im Sinne der Richtlinie (EU) 2017/541 <sup>39</sup> beteiligt ist; es liegen Hinweise darauf vor, dass die betreffende Person an einer Straftat im Sinne von Artikel 2 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses 2002/584/JI <sup>40</sup> beteiligt ist	X		X	X

<sup>37</sup> Siehe Fussnote zu Art. 1 Bst. b.

<sup>38</sup> Verordnung (EU) 2024/1356 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 zur Einführung der Überprüfung von Drittstaatsangehörigen an den Aussengrenzen und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 767/2008, (EU) 2017/2226, (EU) 2018/1240 und (EU) 2019/817, Fassung gemäss ABl. L, 2024/1356, 22.5.2024.

<sup>39</sup> Richtlinie (EU) 2017/541 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 zur Terrorismusbekämpfung und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI des Rates und zur Änderung des Beschlusses 2005/671/JI des Rates, ABl. L 88 vom 31.3.2017, S. 6.

<sup>40</sup> Rahmenbeschluss des Rates vom 13. Juni 2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten - Stellungnahmen bestimmter Mitglied-



## Aufgegriffene Personen mit irregulärem Aufenthalt (KAT 3)

	Kantonale Behörden und GWK	SEM Dub- lin SEM Asyl	SEM ETIAS	SEM Visa
Fingerabdruckdaten*		x Dub- lin		
Gesichtsbild*	x	x	x	x
Nachname(n) und Vorname(n), Geburtsname(n) und zu einem früheren Zeitpunkt verwendete Namen und Aliasnamen, die separat eingegeben werden können*	x	x	x	x
Staatsangehörigkeit(en)*	x	x	x	x
Geburtsdatum*	x	x	x	x
Geburtsort*	x	x	x	x
Herkunftsmitgliedstaat sowie Ort und Datum, an dem die Person aufgegriffen wurde	x	x	x	x
Geschlecht*	x	x	x	x
Art und Nummer des Identitäts- oder Reisedokuments, soweit bekannt; aus drei Buchstaben bestehender Code des ausstellenden Staates und Ablaufdatum des Dokuments*	x	x	x	x
sofern verfügbar, eine eingescannte Farbkopie eines Identitäts- oder Reisedokuments zusammen mit einer Angabe zu dessen Echtheit oder, falls nicht verfügbar, eines anderen Dokuments, das die Identifizierung des Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen erleichtert, zusammen mit einer Angabe zu dessen Echtheit	x	x	x	x
vom Herkunftsmitgliedstaat verwendete Kennnummer				

staaten zur Annahme des Rahmenbeschlusses, ABl. L 190 vom 18.7.2002, S. 1; zuletzt geändert durch Rahmenbeschluss 2009/299/JI, ABl. L 81 vom 27.3.2009, S. 24.

	Kantonale Behörden und GWK	SEM Dub- lin SEM Asyl	SEM ETIAS	SEM Visa
Datum der Erfassung der biometrischen Daten	X	X Dub- lin	X	X
Datum der Übermittlung der Daten an Eurodac		X Dub- lin		
Benutzerkennwort				
das Datum, an dem die betreffende Person das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten verlassen hat oder abgeschoben wurde	X	X Dub- lin	X	X
gegebenenfalls in den in Artikel 25 Absatz 2 genannten Fällen das Datum der Ankunft der betreffenden Person nach einer erfolgreichen Überstellung	X	X Dub- lin		
die Tatsache, dass Unterstützung für die freiwillige Rückkehr und Wiedereingliederung gewährt wurde	X	X Asyl	X	X
die Tatsache, dass die Person, als Ergebnis einer Überprüfung nach der Verordnung (EU) 2024/1356 <sup>41</sup> oder einer zum Zeitpunkt der Erfassung der biometrischen Daten nach Artikel 23 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2024/1358 <sup>42</sup> durchgeführten Sicherheitskontrolle, eine Gefahr für die innere Sicherheit darstellen könnte, wenn einer der folgenden Umstände zutrifft: die betreffende Person ist bewaffnet; die betreffende Person ist gewalttätig;	X	X	X	X

<sup>41</sup> Verordnung (EU) 2024/1356 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 zur Einführung der Überprüfung von Drittstaatsangehörigen an den Aussengrenzen und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 767/2008, (EU) 2017/2226, (EU) 2018/1240 und (EU) 2019/817, Fassung gemäss ABl. L, 2024/1356, 22.5.2024.

<sup>42</sup> Siehe Fussnote zu Art. 1 Bst. b.

	Kantonale Behörden und GWK	SEM Dub- lin SEM Asyl	SEM ETIAS	SEM Visa
es liegen Hinweise darauf vor, dass die betreffende Person an einer Straftat im Sinne der Richtlinie (EU) 2017/541 <sup>43</sup> beteiligt ist; es liegen Hinweise darauf vor, dass die betreffende Person an einer Straftat im Sinne von Artikel 2 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses 2002/584/JI <sup>44</sup> beteiligt ist				

## Nach einem Such- und Rettungseinsatz ausgeschifte Personen (KAT 9)

	Kantonale Behörden und GWK	SEM Dub- lin SEM Asyl	SEM ETIAS	SEM Visa
Fingerabdruckdaten*				
Gesichtsbild*	x	x	x	x
Nachname(n) und Vorname(n), Geburtsname(n) und zu einem früheren Zeitpunkt verwendete Namen und Aliasnamen, die separat eingegeben werden können*	x	x Asyl	x	x
Staatsangehörigkeit(en)*	x	x Asyl	x	x
Geburtsdatum*	x	x Asyl	x	x

<sup>43</sup> Richtlinie (EU) 2017/541 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 zur Terrorismusbekämpfung und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI des Rates und zur Änderung des Beschlusses 2005/671/JI des Rates, ABl. L 88 vom 31.3.2017, S. 6.

<sup>44</sup> Rahmenbeschluss des Rates vom 13. Juni 2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten - Stellungnahmen bestimmter Mitgliedstaaten zur Annahme des Rahmenbeschlusses, ABl. L 190 vom 18.7.2002, S. 1; zuletzt geändert durch Rahmenbeschluss 2009/299/JI, ABl. L 81 vom 27.3.2009, S. 24.

	Kantonale Behörden und GWK	SEM Dub- lin SEM Asyl	SEM ETIAS	SEM Visa
Geburtsort*	X	X Asyl	X	X
Herkunftsmitgliedstaat, Ort und Datum der Aus- schiffung	X	X	X	X
Geschlecht*	X	X Asyl	X	X
Art und Nummer des Identitäts- oder Reisedo- kuments, soweit bekannt; aus drei Buchstaben bestehender Code des ausstellenden Staates und Ablaufdatum des Dokuments*	X	X Asyl	X	X
sofern verfügbar, eine eingescannte Farbkopie eines Identitäts- oder Reisedokuments zusam- men mit einer Angabe zu dessen Echtheit oder, falls nicht verfügbar, eines anderen Dokuments, das die Identifizierung des Drittstaatsangehöri- gen oder Staatenlosen erleichtert, zusammen mit einer Angabe zu dessen Echtheit	X	X Asyl	X	X
vom Herkunftsmitgliedstaat verwendete Ken- nummer				
Datum der Erfassung der biometrischen Daten	X		X	X
Datum der Übermittlung der Daten an Eurodac				
Benutzerkennwort				
das Datum, an dem die betreffende Person das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten verlassen hat oder abgeschoben wurde	X		X	X
der Übernahmemitgliedstaat gemäss Artikel 25 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2024/1358 <sup>45</sup>	X	X Asyl	X	X

<sup>45</sup> Siehe Fussnote zu Art. 1 Bst. b.

	Kantonale Behörden und GWK	SEM Dub- lin SEM Asyl	SEM ETIAS	SEM Visa
die Tatsache, dass Unterstützung für die freiwillige Rückkehr und Wiedereingliederung gewährt wurde	X	X Asyl	X	X
die Tatsache, dass die Person als Ergebnis der in der Verordnung (EU) 2024/1356 <sup>46</sup> genannten Überprüfung eine Gefahr für die innere Sicherheit darstellen könnte, wenn einer der folgenden Umstände zutrifft: die betreffende Person ist bewaffnet; die betreffende Person ist gewalttätig; es liegen Hinweise darauf vor, dass die betreffende Person an einer Straftat im Sinne der Richtlinie (EU) 2017/541 <sup>47</sup> beteiligt ist; es liegen Hinweise darauf vor, dass die betreffende Person an einer Straftat im Sinne von Artikel 2 Absatz 2 des Rahmenbeschlusses 2002/584/JI <sup>48</sup> beteiligt ist	X	X Asyl	X	X

<sup>46</sup> Verordnung (EU) 2024/1356 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 zur Einführung der Überprüfung von Drittstaatsangehörigen an den Aussengrenzen und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 767/2008, (EU) 2017/2226, (EU) 2018/1240 und (EU) 2019/817, Fassung gemäss ABl. L, 2024/1356, 22.5.2024.

<sup>47</sup> Richtlinie (EU) 2017/541 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2017 zur Terrorismusbekämpfung und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI des Rates und zur Änderung des Beschlusses 2005/671/JI des Rates, ABl. L 88 vom 31.3.2017, S. 6.

<sup>48</sup> Rahmenbeschluss des Rates vom 13. Juni 2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten - Stellungnahmen bestimmter Mitgliedstaaten zur Annahme des Rahmenbeschlusses, ABl. L 190 vom 18.7.2002, S. 1; zuletzt geändert durch Rahmenbeschluss 2009/299/JI, ABl. L 81 vom 27.3.2009, S. 24.

